

PRESSEMITTEILUNG

## Regelungen zur Bezahlkarte: Teuer und untauglich

Potsdam, der 14.05.2024 — Die heute von der Landesregierung und den Kommunen vorgelegten Empfehlungen zur Umsetzung der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen lösen bei den Brandenburger Wohlfahrtsverbänden tiefes Unverständnis aus. „Diese Regelungen lösen kein reales Problem, sondern sind reine und darüber hinaus teure Symbolpolitik. Eine Bezahlkarte wird niemand davon abhalten, vor Krieg und Verfolgung zu uns zu fliehen“, sagt **Andreas Kaczynski, Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg und Vorstand des Paritischen, Landesverband Brandenburg e.V.** „Stattdessen werden Menschen stigmatisiert, deren dringend benötigte Integration weiter erschwert und Steuergelder für unnötige bürokratische Prozesse verschwendet.“

Insbesondere die niedrigen Barbeträge (Erwachsene 50 €, Kinder 25 €) werden scharf kritisiert. „Menschen im Bezug von Asyilleistungen müssen mit dem wenigen Geld das sie haben auf günstige Angebote von Tafeln, Second-Hand-Läden, im Internet oder Flohmärkten zurückgreifen. Hier wird häufig bar gezahlt. Damit wird gerade denjenigen die Möglichkeit des sparsamen Haushaltens genommen, die besonders darauf angewiesen sind“, sagt **Bernd Mones, Caritasdirektor der Diözese Görlitz e.V.** „Ganz offensichtlich geht es hier nur um größtmögliche Abschreckung, die jede vernünftige Integration verhindern soll. Wir fordern, dass die Barbeträge sich am persönlichen Bedarf und den Leistungssätzen im Asylbewerberleistungsgesetz orientieren, das sind 184 € für Erwachsene und 137 € für Kinder!“

„Das Land Brandenburg ist aufgrund seiner demografischen Entwicklung angewiesen auf Zuwanderung. In den Gesundheits- und Sozialberufen fehlen schon jetzt Tausende Arbeitsplätze, ebenso wie in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Landesregierung sollte alles dafür tun, dass zugewanderte Menschen gut in dieser Gesellschaft ankommen können“, erklärt **Andrea Asch, Vorstandin Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.** „Eine gut gemachte Kartenlösung kann dabei ein praktischer Baustein sein. Ein aufwändiges Bürokratiemonster erschwert jedoch den Alltag der Betroffenen, verhindert deren Teilhabe an Angeboten vor Ort und damit eine gelingende Integration.“

Die Einführung und Administration einer Bezahlkarte werden vom Land mit einem einstelligen Millionenbetrag finanziert. „Die Landesregierung erweist sich selber und den Kommunen einen Bärendienst mit dem enormen Verwaltungsaufwand und den drohenden Widersprüchen und Klagen von Betroffenen beispielsweise bei den geplanten Einschränkungen bei Bargeldabhebungen und Überweisungen“, sagt LIGA-Vorsitzender Andreas Kaczynski. „In den meisten Fällen gibt es eine wenig aufwändige und menschenrechtskonforme Alternative: Die Überweisung auf das Konto der Leistungsbezieher\*innen.“

**Pressekontakt:** Oliver Bendzko – 0176-324 99 097, [info@liga-brandenburg.de](mailto:info@liga-brandenburg.de)

